

Verlässliche Finanzpolitik der Koalition

Rettungsschirm ESM tritt in Kraft und Fiskalvertrag wird umgesetzt

Der konsequente Kurs der christlich-liberalen Koalition bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise zahlt sich aus: Der dauerhafte Rettungsschirm ESM konnte mittlerweile seine Arbeit aufnehmen und die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalvertrags wurde in dieser Woche auf den parlamentarischen Weg gebracht.



Foto: picture alliance / dpa

Die Euro-Zone hat nun einen dauerhaften Rettungsschirm mit 700 Milliarden Euro Stammkapital aufgespannt. Mit bis zu 500 Milliarden Euro - wovon 190 Milliarden auf Deutschland entfallen - kann der ESM jetzt Krisenstaaten unter die Arme greifen. Damit löst der ESM den zeitlich begrenzten Rettungsschirm EFSF ab. Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen hat der ESM-Gouverneursrat am 8. Oktober den Rettungsmechanismus ESM offiziell aus der Taufe gehoben. Zuvor hatten in Brüssel die Ständigen Vertreter der Eurostaaten eine Erklärung unterzeichnet. Diese stellt völkerrechtlich sicher, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum ESM eingehalten werden. Das Karlsruhe Gericht hatte im September entschieden, dass die deutsche Haftungsgrenze von 190 Milliarden Euro nicht ohne Zustimmung des deutschen Vertreters in den ESM-Gremien erhöht werden darf. Da die Koalition den europäischen Fiskalvertrag

Konsequente Politik zahlt sich aus

zur Grundvoraussetzung für die Zustimmung zum dauerhaften Rettungsschirm ESM gemacht hatte, hat die unionsgeführte Bundesregierung konsequenterweise die Umsetzung der Fiskalpaketregeln in dieser Woche auf den parlamentarischen Weg gebracht. Die wesentlichen Vorgaben sind mit der Schuldenbremse und der parallelen Einrichtung des Stabilitätsrats bereits erfüllt. Am Freitag hat sich der Deutsche Bundestag in erster Lesung mit dem Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags befasst. Mit diesem Gesetz wird unter anderem die für Deutschland maßgeblich zulässige Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Haushaltsgrundsatzgesetz festgeschrieben. Mit dem Inkrafttreten des ESM und der Umsetzung des Fiskalvertrags belegt die christlich-liberale Koalition erneut, dass sich ihr konsequenter Kurs auszahlt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter der Überschrift „Ausöhnung als Aufgabe“ hat die Unions-Fraktion Anfang der Woche einen Kongress veranstaltet, der deutlich machte, dass die Anliegen der Vertriebenen bei uns in den richtigen Händen sind. Unmittelbar nach der Grundsatzrede der Bundeskanzlerin habe ich in meiner Rede einen Ausblick auf zwei noch ausstehende Fragen formuliert:



Die Sudetendeutschen und ihre 800-jährige Geschichte haben es verdient, dass auch ihre Geschichte mit einem historisch-landeskundlich ausgerichteten Museum gefördert wird, so wie dies bei den anderen großen Gruppen der Heimatvertriebenen bereits der Fall ist. Nachdem der Freistaat Bayern bereits 20 Mio. Euro Förderung zugesagt hat, muß auch der Bund zu seiner finanziellen Verantwortung für ein solches Museum stehen.

Nachdem der Bundesrat am 11.07.2003 in einer Entschließung forderte, den 05. August, den Tag der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, zum Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu bestimmen, und auch der Deutsche Bundestag in einem Antrag der CDU/CSU- und FDP-Fraktionen, der am 10.02.2011 beschlossen wurde, dieses Anliegen formuliert hat, wären wir alle glücklich, wenn der Bundespräsident sich nach fast 10 Jahren zu einem solchen Schritt entschließen könnte. Es braucht die Erinnerung an die Freiheit, das Anerkennen des Rechts auf Heimat und die Erinnerung an die Mißachtung dieses Menschenrechtes.

Zum Schluß noch ein Hinweis in eigener Sache: Sie haben es vielleicht schon gehört – ich bin bei Twitter. Wenn Sie aktuelle Infos in Kurzform wollen, dann folgen Sie mir doch:

<https://twitter.com/JohannesSingham>

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Singhammer MdB

Antisemitismus

Koalition gegen Antisemitismus

Ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebener Bericht eines unabhängigen Expertenkreises hat aufgezeigt, dass in der deutschen Gesellschaft nach wie vor antisemitische Tendenzen in unterschiedlich ausgeprägtem Ausmaß vorhanden sind. Vertreter der christlich-liberalen Koalition haben deshalb zu einem entschiedenen Eintreten gegen den Antisemitismus aufgerufen. Bundesinnenminister Friedrich betonte in der Debatte über den Bericht in dieser Woche im Bundestag, der Antisemitismus berühre „die Grundfesten unserer Demokratie, unserer Freiheit, unseres Zusammenlebens“. Die CSU-Landesgruppe wird sich weiter gegen jede Form von Antisemitismus einsetzen - denn nach dem unbeschreiblichen Leid des Holocaust ist uns das jüdische Leben in Deutschland ein besonders wichtiges Anliegen.

Basel III-Paket

Wichtiger Schritt zur Krisenfestigkeit der Banken

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche ein Gesetz zur Umsetzung des sog. „Basel-III-Pakets“ in erster Lesung beraten. Mit dem Gesetz wird eine EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt, mit der die Widerstandskraft des Bankensystems in Europa nachhaltig gestärkt werden soll.

Als „Basel-III-Paket“ wird ein Reformpaket für die bereits bestehende Bankenregulierung „Basel II“ bezeichnet. Als Reaktion auf die Schwächen der bisherigen Bankenregulierung wurde dieses Reformpaket auf den Weg gebracht. Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Basel III-Regelwerk, werden die Eigenkapitalanforderungen für Banken deutlich verschärft. Banken müssen künftig ein qualitativ besseres und umfangreicheres Eigenkapital vorhalten. Höhere Eigenkapitalanforderungen sind notwendig, um die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors zu erhöhen. So können eventuelle Verluste besser aufgefangen werden. Auch das für die Stabilität einer Bank wich-

tige harte Kernkapital wird schrittweise um das Dreieinhalbfache erhöht und die Aufsicht kann zukünftig zusätzliche Kapitalpuffer verlangen. Die Verhandlungen zum Basel-III-Paket auf Europäischer Ebene sind noch nicht ganz abgeschlossen. Im Rahmen der weiteren Verhandlungen wird die christlich-liberale Koalition ihr besonderes Augenmerk auf die angemessene Berücksichtigung der Belange der mittelständischen Unternehmen richten. Dies gilt insbesondere für die Risikogewichtung von Krediten an die mittelständische Wirtschaft - denn höhere Zinsbelastungen und Probleme bei der Kreditbeschaffung müssen in jedem Fall vermieden werden.

Diese Woche

Verlässliche Finanzpolitik der Koalition Rettungsschirm ESM tritt in Kraft und Fiskalvertrag wird umgesetzt	1
Antisemitismus Koalition gegen Antisemitismus	2
Basel III-Paket Wichtiger Schritt zur Krisenfestigkeit der Banken	2
Bundestagsabgeordnete im Gespräch Telefonhotline der CSU-Landesgruppe	2
Debatte zur Weiterentwicklung der Europäischen Union Hasselfeldt formuliert Bedingungen für mehr EU-Kompetenzen in Euro-Krise: „Entscheidend ist die Stabilität!“	3
Parlamentariergruppe besucht Nord- und Südkorea Stefan Müller leitet Delegationsreise nach Korea	4
Bürgerstiftungen stärken die Zivilgesellschaft Gerda Hasselfeldt würdigt ehrenamtliches Engagement	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Bundestagsabgeordnete im Gespräch



Foto: CSU-Landesgruppe

Telefonhotline der CSU-Landesgruppe

In dieser Woche hat die Landesgruppe wieder die kostenlose Telefonhotline geschaltet. Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe haben sich zwei Stunden Zeit genommen, um mit Bürgerinnen und Bürgern aus Bayern am Telefon ins Gespräch zu kommen.

Am vergangenen Dienstag nutzten wieder zahlreiche Anrufer die Möglichkeit, mit ihrem zuständigen Abgeordneten oder einem der Fachpolitiker der Landesgruppe im Rahmen der Telefonhotline der CSU-Landesgruppe zu sprechen. Unter dem Motto „Ihre Meinung interessiert uns“ riefen mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger an, um sich mit den christlich-sozialen Abgeordneten auszutauschen. Themen waren dabei unter anderem die Europäische Staatsschuldenkrise, die Einführung des Betreuungsgelds, die Praxisgebühr, der Donauausbau und verschiedene Fragestellungen aus den Bereichen Rente und Landwirtschaft.

Debatte zur Weiterentwicklung der Europäischen Union

Hasselfeldt formuliert Bedingungen für mehr EU-Kompetenzen in Euro-Krise: „Entscheidend ist die Stabilität!“

In der Debatte zur Weiterentwicklung der Europäischen Union hat die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, die Leitschnur der Christsozialen definiert: Entscheidend sei bei allen neuen Vorschlägen, ob die Ideen tatsächlich dazu führen, dass die gemeinsamen Stabilitätskriterien besser eingehalten werden. Daran seien alle Vorschläge zu messen, sagte Gerda Hasselfeldt in der Debatte am Donnerstag zur Regierungserklärung zum EU-Gipfel am 18. und 19. Oktober 2012 in Brüssel. Gleichzeitig unterstrich sie die bisherigen Erfolge des europäischen Stabilitätskurses der unionsgeführten Bundesregierung.

„Die Situation in den Krisenländern ist besser geworden. Wir sehen dort rückläufige Handelsbilanzdefizite. Wir sehen, dass dort die Lohnstückkosten sinken und die Länder damit auf dem Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit sind. Wir sehen auch, dass sich einige Krisenländer in den vergangenen Wochen wieder zu erträglichen Konditionen am Kapitalmarkt refinanzieren konnten“. Mit diesen Feststellungen zu Beginn ihrer Rede machte die CSU-Landesgruppenvorsitzende am Donnerstag im Deutschen Bundestag deutlich, dass der Stabilitätskurs der unionsgeführten Bundesregierung in die richtige Richtung führt. Es sei richtig, den Krisenstaaten bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu helfen. Es sei aber auch richtig, diese Hilfe an strenge Auflagen zu knüpfen.

Auch den eher enttäuschenden ersten Auftritt des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück vor dem Bundestag griff die Landesgruppenvorsitzende auf: „Herr Steinbrück hat vorhin gesagt: Wir haben euch gezeigt, wie es geht. Schauen wir doch einmal: Was haben Sie uns denn gezeigt? Sie haben uns durch das Aufweichen der Stabilitätskriterien in Ihrer Regierungszeit gezeigt, was Sie von einer Stabilitätsunion halten, Sie waren der Grund dafür, dass sich niemand mehr in Europa an die Stabilitätskriterien gehalten hat, weil Sie das Signal dazu gegeben haben, sich nicht daran zu halten. Was haben Sie



Foto : Henning Schacht / berlinpressphoto

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, unterstrich am Donnerstag im Rahmen der Debatte zum Europäischen Rat die bisherigen Erfolge der unionsgeführten Bundesregierung bei der Bewältigung der Europäischen Staatsschuldenkrise.

uns denn noch gezeigt? Sie haben uns gezeigt, wie man nach einer Regierungszeit 5 Millionen Arbeitslose hinterlässt. 5 Millionen Menschen ohne Beschäftigung in einer Zeit, in der es keine Krise gegeben hat! Auf solche Rezepte können wir verzichten“, so Gerda Hasselfeldt.

Bei allen Überlegungen zur Fortentwicklung der EU müsse man eine Antwort auf die Fragen finden „Wie schaffen wir es denn, dass die mit dem Fiskalvertrag neu vereinbarten Stabilitätskriterien eingehalten werden? Reichen die jetzigen Instrumente hierfür aus? Reichen die jetzigen Kompetenzen?“ Diese Fragen müssten gelöst werden, doch diese Fragen seien auch die Grenzen für neue Instrumente oder die Übertragung von Kompetenzen auf die EU. Gerda Hasselfeldt: „Jede Kompetenzübertragung - an welche

europäische Institution auch immer - muss sich daran messen lassen, ob sie der Durchsetzung der gemeinsam vereinbarten Stabilitätskriterien dient. Der Stabilitätsrahmen setzt auch die Grenzen für neue europäische Kompetenzen oder Instrumente.“ Innerhalb des Stabilitätsrahmens dürfe es nach den Vorstellungen der CSU-Landesgruppenchefin keine Einmischung in die nationalen Kompetenzen geben. Und: „Kompetenzen auf eine andere Ebene dürfen nur dann übertragen werden, wenn wirklich sichergestellt ist, dass die Stabilitätskriterien damit besser und verbindlicher eingehalten werden, als das jetzt der Fall ist.“ Und weiter: „Wir sind und bleiben solidarisch in Europa, aber eben nicht bedingungslos.“

Die Landesgruppenchefin mahnte zudem auf europäischer Ebene Sorgfalt bei der Entwicklung einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht an. Es sei nicht nötig, alle europäischen Banken unter Aufsicht zu stellen. Dies sei nur für grenzüberschreitend tätige Institute notwendig und für solche, deren Pleite das gesamte Finanzsystem bedrohen könnte. Und direkte Hilfen für kriselnde Banken dürfe es aus dem Euro-Rettungsschirm erst geben, wenn die Bankenaufsicht tatsächlich funktioniere und nicht bloß auf dem Papier stehe. Aber auch dann gelte: „Keine Hilfen ohne Auflagen. Es darf keinen Blankoscheck geben.“

Parlamentariergruppe besucht Nord- und Südkorea

Stefan Müller leitet Delegationsreise nach Korea

Vom 5. bis 14. Oktober hat eine Delegation der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestags Nord- und Südkorea besucht. Unter Leitung des Vorsitzenden der Parlamentariergruppe und Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, haben die Abgeordneten ein umfangreiches Programm in den beiden getrennten Bruderstaaten absolviert.

In Nordkorea stand für die Delegation unter anderem der Besuch von Projekten der Welthungerhilfe, eines regionalen Krankenhauses und des Westmeer-Staudamms auf dem Programm. Zudem haben die Parlamentarier in Pjöngjang Vertreter der Obersten Volksversammlung und der kommunistischen Partei der Arbeit Koreas getroffen. In Südkoreas Hauptstadt Seoul standen die bevorstehenden Wahlen, die innerkoreanische Lage und die Wirtschaftsentwicklung Südkoreas im Mittelpunkt der zahlreichen Gespräche. In Seoul trafen die deutschen Parlamentarier auch mit



Foto: CSU-Landesgruppe
Stefan Müller, der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, vergangene Woche in Seoul im Gespräch mit dem südkoreanischen Außenminister Kim Sung-hwan

dem südkoreanischen Außenminister Kim Sung-hwan zusammen (Bild). Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Entspannungs- und Wiedervereinigungspolitik auf der koreanischen Halbinsel. Die südkoreanische Regierung richtet derzeit einen Wiedervereinigungsfonds ein. Nach den Präsi-

dem südkoreanischen Außenminister Kim Sung-hwan zusammen (Bild). Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Entspannungs- und Wiedervereinigungspolitik auf der koreanischen Halbinsel. Die südkoreanische Regierung richtet derzeit einen Wiedervereinigungsfonds ein. Nach den Präsi-

delegationsleiter und parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Müller. Die deutsche Delegation sicherte Südkorea auch weiterhin die Unterstützung Deutschlands und der Europäischen Union für eine Entspannung in Nordostasien und eine nachhaltige innerkoreanische Annäherung zu.

delegationswahlen in Südkorea im April und dem Führungswechsel in Nordkorea im Januar dieses Jahres könnte neue Bewegung in die Bemühungen einer Annäherung kommen. Die Bereitschaft zu Gesprächen müsse aber wechselseitig sein, beide Seiten müssten entsprechende Signale aussenden, betonte

Bürgerstiftungen stärken die Zivilgesellschaft

Gerda Hasselfeldt würdigt ehrenamtliches Engagement

In Deutschland gibt es etwa 300 Bürgerstiftungen mit rund 21.000 Stiftern. Rund 480.000 Stunden an ehrenamtlicher Arbeit werden jährlich in diesen Stiftungen geleistet. Im Rahmen des Jubiläums „15 Jahre Bürgerstiftungen“ wurde in der vergangenen Woche erstmals die Auszeichnung „Vorbildliche Bürgerstifter“ vergeben. Dazu erklärt die Schirmherrin der Veranstaltung und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt:

„Ehrenamtlich aktive Mitbürger halten unsere Gesellschaft zusammen und machen sie zu einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft. Die Bürgerstiftungen in Deutschland sind wegweisend für das zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement. Durch ihre Arbeit für Bildung, Naturschutz oder Integration, für soziale oder kulturelle Anliegen stärken sie Toleranz und Zivilcourage. Dabei tragen die Bürgerstiftungen nicht nur dazu bei, die aktuelle Lebenssituation vieler Menschen zu verbes-



Foto: Bürgerstiftung / Jens Jeske
Gerda Hasselfeldt gratuliert Ria Gräfin von der Groeben zu ihrer Auszeichnung als „Vorbildliche Bürgerstifterin“. Zusammen mit zahlreichen anderen ehrenamtlich Engagierten wurde die 95-Jährige am Tag der Bürgerstiftungen für ihr wegweisendes bürgerschaftliches Engagement geehrt.

sern. Durch ihren Einsatz helfen sie auch, die sozialen, wirtschaftlichen und natürlichen Lebensgrundlagen

gerstiftungen“ im Bundesverband Deutscher Stiftungen ehrenamtlich geleitet hat.“

gerstiftungen“ im Bundesverband Deutscher Stiftungen ehrenamtlich geleitet hat.“

unserer Gesellschaft für künftige Generationen verantwortungsvoll zu gestalten. Egal ob in Form von finanziellen, Zeit- oder Sachspenden, jeder kann sich nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten in seinem direkten Umfeld einbringen. Dieses Engagement ist nicht hoch genug zu achten. Besonderer Dank gebührt Herrn Nikolaus Turner, der in den vergangenen 13 Jahren den Arbeitskreis „Bürgerstiftungen“ im Bundesverband Deutscher Stiftungen ehrenamtlich geleitet hat.“